

## **N i e d e r s c h r i f t**

### **der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Bildungsausschusses am 03.07.2007**

#### ***öffentlich***

---

<b>Ort:</b>	<b>Sekundarschule Weidenplan, Universitätsring 21, Aula, 06108 Halle (Saale),</b>
<b>Zeit:</b>	<b>17:00 Uhr bis 18:30 Uhr</b>
<b>Anwesenheit:</b>	<b>siehe Teilnehmerverzeichnis</b>

#### **Anwesend sind:**

Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE	
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE	
Herr Erhard Preuk	DIE LINKE	
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	
Herr Michael Zeidler	SPD	Vertreter für Herrn Dr. Fikentscher
Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR HALLE.	
Frau Dr. Regine Stark	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE	
Frau Petra Meißner	SKE	
Herr Wolfgang Pannicke	SKE	
Herr René Trömel	SKE	
Frau Katharina Rommel	SKE	
Herr Andreas Schachtschneider	SKE	

### Es fehlten:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	Vertreter Herr Zeidler, Michael
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Frau Helga Koehn	SKE	
Herr Gert Hildebrand	Verw	
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG	
Frau Dr. Ursula Wohlfeld	Verw	
Herr Jürgen Zschocke	Verw	
Frau Brigitte Thieme	GRAUE	
Frau Monika Engelhardt	SKE	
Frau Julia Faltus	SKE	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift Bildungsausschuss vom 05.06.2007
4. Vorlagen
- 4.1. Kooperationsvereinbarung mit dem kommunalen „Bündnis der Migrantenorganisationen“  
Vorlage: IV/2007/06393
5. Anfragen
6. Anträge
7. Anregungen
8. Mitteilungen
- 8.1. Einschätzung des Standes des Übergangs von Kita in die Grundschule

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Erfolgte in der gemeinsamen Sitzung JHA/BA.

### **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

Erfolgte in der gemeinsamen Sitzung JHA/BA.

### **zu 3      Genehmigung der Niederschrift Bildungsausschuss vom 05.06.2007**

---

Herr Hildebrand stellt fest, dass folgende Anlagen beigefügt wurden:

Übersicht der Termin – Umzüge PPP, Schreiben des Kultusministeriums zur Sportsekundarschule, Information über Anmeldung an weiterführenden Schulen, Information zum produktiven Lernen, Bescheid des Landesverwaltungsamtes bezüglich weiterführenden Schulen

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt

### **zu 4      Vorlagen**

---

#### **zu 4.1      Kooperationsvereinbarung mit dem kommunalen „Bündnis der Migrant\*innenorganisationen“ Vorlage: IV/2007/06393**

---

Frau Schneutzer stellt Herrn Wladimir Dexbach und Herrn Dr. Karamba Diaby vor.

Herr Heinrich bemängelt, dass die Vorlage nichts Konkretes beinhaltet. Welche Synergien sollen gebündelt werden?

Frau Schneutzer führt aus, dass ein Maßnahmenplan in Erarbeitung ist und nach dem Sommer als Vorlage vorgestellt wird. Weiterhin werden die Projekte für 2007-2009 vorgestellt und verteilt. Die Auswertung der Maßnahmen und Projekte erfolgt Ende des Jahres. Eine Maßnahmenfestlegung würde voraussetzen, dass jedes Jahr ein neuer Vertrag (Kooperationsvereinbarung) mit neuem Inhalt verfasst werden müsste.

Herr Dexbach führt aus, dass die Menschen nur das sehen, was sie sehen wollen. Er berichtet von Arbeitserfolgen. Z. B. Fortbildungen, Teilnahme an Interkulturellen Wochen und Veranstaltungen, Teilnahme am Lokalen Aktionsplan Halle (Saale) u. v. m.

Frau Rommel bemängelt ebenfalls, dass die Vorlage keine konkreten Punkte der Arbeit benennt. Sie fragt, was z. B. gegen Rassismus unternommen wird.

Herr Dexbach berichtet, dass viele Menschen verschiedener Kulturen im Sportverein trainieren. Man geht in Schulen, um z. B. bezüglich der deutschen Sprache zu vermitteln. Hinter jedem kleinen Stichpunkt steckt viel Arbeit. Der Qualitätsnachweis erfolgt Ende des Jahres.

Frau Dr. Bergner fragt an, ob Änderungen in dieser Vorlage beim Migrationsgipfel möglich sind.

Frau Schneutzer erteilt die Auskunft, dass die Punkte für den Migrationsgipfel feststehen und keine Änderung mehr möglich ist.

Herr Heinrich bringt zum Ausdruck, dass er von der Verwaltung eine konkrete Vorlage mit Benennung von Problemen und Zielstellungen erwartet hätte.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	3 x
Ablehnung:	1 x
Enthaltung:	2 x

**zu 5      Anfragen**

---

—

**zu 6      Anträge**

---

—

**zu 7      Anregungen**

---

—

**zu 8      Mitteilungen**

---

**zu 8.1    Einschätzung des Standes des Übergangs von Kita in die  
Grundschule**

---

Herr Steudel führt aus:

Seit 2 Jahren gibt es die flexible Schuleingangsphase. Sie dauert in der Regel 2 Jahre, kann aber auf 3 Jahre erhöht werden.

Neue Erlasse veränderten die Aufnahme der Kinder in die Schule. Die Anmeldung an einer Schule erfolgt 1 ½ Jahre vor Schulbeginn (ca. Februar des Vorjahres). Damit bleibt mehr Zeit für die Zusammenarbeit zwischen Kita, Schule und Erziehungsberechtigten, Zeit sich mehr mit den Kindern zu befassen.

Diese Phase wurde gestaltet in dem alle Kitas der Stadt Halle (Saale) auf Grundschulen aufgeteilt wurden.

Grundschulen erhalten bei ca. 270 Schülern 7,5 Lehrerwochenstunden zur Begleitung der Kinder bis zur Einschulung, z. B. für die Zusammenarbeit zwischen Kita und Schule. Der/die Lehrer/in besucht und beobachtet die Kinder in der Kita.

Im Kultusministerium wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, in welcher Frau Hahne (Schulleiterin GS „U. v. Hutten“) die Schulen der Stadt Halle vertritt. Dort wird eine

Handreichung für die weitere Arbeit der Schulen erarbeitet, welche Ende 2007 ausgegeben wird.

Ein Problem sind die Schulbezirke für Grundschulen. Z. B. Eltern interessieren sich für ein Schulprogramm, wohnen aber nicht im Schulbezirk der Grundschule. Im Landesverwaltungsamt wurden bisher ca. 300 Ausnahmegenehmigungen bearbeitet.

Tendenzen für die „Schulwahl“ sind z. B. Ruf und Aussehen der Grundschule, Nichtgefallen der Zuordnung der Straße zur Grundschule.

Ein Problem in der Zusammenarbeit mit der Kita ist der Zeitfaktor. Die Erzieherinnen erhalten keine Extrastunden für die Zusammenarbeit mit der Schule, z. B. Beobachtungsbögen ausfüllen. Festgestellt werden sollen hier z. B. vorliegender Förderbedarf, vorzeitige Einschulung, Zusammenarbeit mit Schulpsychologen.

In diesem Jahr wurde ein hoher %-Satz Schülerinnen und Schüler in einer Förderschule eingeschult. Als Förderbedarf wurden Konzentrationsschwäche oder sprachliche Schwierigkeiten festgestellt.

Geplant ist im 2. Halbjahr des Schuljahres 2007/08 eine gemeinsame Fachkonferenz von Kita und Landesverwaltungsamt. Die unterschiedlichen Befindlichkeiten sollen geklärt werden.

Herr Steudel bittet die Stadt Halle (Saale) kommende Veränderungen von Schulbezirken mit dem Landesverwaltungsamt abzustimmen.

Herr Weiske stimmt Herrn Steudel zu und führt aus, dass die Eltern im Bereich Kita ein Wunsch- und Wahlrecht (nach freien Plätzen) haben, aber im Schulbereich müssen sie die zuständige Grundschule besuchen.

In der Fachkonferenz sollten auch die Vorschuluntersuchungen und Befragungen von Eltern besprochen werden.

Fazit: Eine gemeinsame Fachkonferenz zwischen Kita, Landesverwaltungsamt und Fachbereich Schule, Sport und Bäder sollte unbedingt stattfinden.

Frau Lukas (Fachberaterin für frühkindliche Bildung) erläutert, wie schwierig die Zusammenarbeit teilweise ist. Oft ist die gute oder schlechte Zusammenarbeit von Personen (z. B. Schulleiterwechsel) abhängig.

Frau Schwabe stimmt Frau Lukas zu und bekräftigt die Aussage, dass Schulbezirke und personenbedingte Gründe die Zusammenarbeit oft schwierig gestalten.

Herr Hildebrand bekräftigt, dass eine Zusammenarbeit (gemeinsame Fachkonferenz) zwischen Kita, Landesverwaltungsamt und Fachbereich Schule, Sport und Bäder dringend notwendig ist.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Anja Farkasch  
Protokollführerin

Dr. Annegret Bergner  
Ausschussvorsitzende